

liche Intensität der Fraktionskämpfe auf lokaler Ebene; über die militantere Aktivität der Bolschewiki etc.

Die im Ansatz originelle und in der Ausführung im allgemeinen überzeugende Studie dürfte schon durch die außerordentliche Fülle von Informationen zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für all jene werden, die sich ernsthaft mit der Geschichte der russischen Sozialdemokratie beschäftigen. Darüber hinaus ist sie ein gutes Beispiel dafür, auf die Möglichkeiten einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Geschichte und Sozialwissenschaften nachdrücklich hinzuweisen.

Alexander Fischer

Walter Pietsch, *Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917 - 1922* (= Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 20), Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1969, 173 S., Ln., 28 DM.

Die russische Oktoberrevolution schien Historikern kaum noch interessante Fragestellungen zu bieten. Seit Jahrzehnten bestanden keine grundsätzlichen Differenzen mehr in der Beurteilung des mutmaßlichen Zentralproblems: der planmäßig angestrebten und schließlich erreichten totalen Beherrschung des postrevolutionären Rußland durch die Partei der Bolschewiki. Die vorliegende Studie von Walter Pietsch, Assistent von Gottfried Schramm und Schüler Peter Scheiberts, stellt diese Auffassung in entscheidenden Punkten überzeugend in Frage.

Pietschs leitende Fragestellung ist nicht die nach dem oft geschilderten Gegensatz von Partei- und Sowjetherrschaft, sondern sein Interesse gilt der Herausbildung des politischen und Regierungssystems in Rußland während der Revolution und des Bürgerkrieges. In Anlehnung an die in den USA entwickelten systemtheoretischen Ansätze (Easton, Deutsch, Almond) untersucht er die einzelnen Institutionen, die Exekutivgewalt beanspruchten, und fragt nach ihrer Entstehung, personellen Zusammensetzung, Arbeitsweise und vor allem nach den Möglichkeiten, die Durchführung erlassener Befehle zu kontrollieren. Dabei erweist es sich, daß es der bolschewistischen Partei erst nach Beendigung des Bürgerkrieges möglich war, Wirtschaft und Gesellschaft zu kontrollieren und damit zu durchdringen. Erst zu diesem Zeitpunkt war es gelungen, eine Funktionärshierarchie aufzubauen und die Parteispitze - das Zentralkomitee hatte sich inzwischen mit dem Politischen- und Organisationsbüro permanente Arbeitsgremien geschaffen - zu Anleitung und Kontrolle der staatlichen Administration zu befähigen. Zuvor bediente sich die Führungsgruppe der Partei, deren Mitglieder die jeweiligen Exekutivinstitutionen lenkten, zwar vorzugsweise der Bolschewiki zur Ausführung ihrer Anordnungen, doch erhielten diese ihre Anweisungen nicht als Parteifunktionäre, sondern als Positionsinhaber in den jeweiligen Administrationsapparaten.

Diese Instanzenzüge werden mit Recht als entscheidendes Kriterium für jeweilige Dominanz einer Institution herausgestellt. Nur dadurch läßt sich die Überlegenheit des Petersburger Militärischen Revolutionskomitees und später des Rates der Volkskommissare, der sich der alten, noch überwiegend zaristischen Administration als Vollzugsinstrument bediente, gegenüber dem Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee erklären, das laut Beschluß des II. Sowjetkongresses den Rat der Volkskommissare kontrollieren sollte, aber über keine eigene Bürokratie verfügte. Eigene Administrationen mit Unterbau sind auch das Kennzeichen der im Verlauf des Bürgerkrieges geschaffenen außerordentlichen Institutionen, zum Beispiel der Allrussischen Außerordentlichen Kommission zum Kampf gegen die Konterrevolution, der Tscheka, und

des für Erfassung der Produktion und Versorgung zuständigen Rats für Arbeiter- und Bauernverteidigung, der 1920 als Rat für Arbeit und Verteidigung weitgehend seiner Befugnisse enthoben wurde und den Status einer Kommission im Rat der Volkskommissare erhielt. In die Reihe hierarchischer und bürokratisch zentralisierter Organisationen ist auch die dem von Trotzki geleiteten Kriegskommissariat unterstehende Verwaltung der Roten Armee einzuordnen, der – bedingt durch die Situation des Bürgerkrieges – erhebliche Administrationsfunktionen zukamen.

Alle diese Institutionen standen im Hinblick auf ihre Organisationsform in Widerspruch zum Sowjet-Konzept der Entbürokratisierung und Dezentralisierung – Vorstellungen, die auch Lenin noch 1917 in »Staat und Revolution« vertreten hatte. Legislative und Exekutive blieben zwar ungetrennt, jedoch nur in der Zentrale, die auch die Probleme von Konkurrenz und Kompetenzüberschneidung, die sich bei einer auf ad-hoc-Bewältigung orientierten Praxis bei der Einsetzung von Institutionen geradezu zwangsläufig einstellten, zu regeln hatte.

Als nach Beendigung des Bürgerkrieges und des Krieges gegen Polen das aktuelle Integrationsziel (»Alles für die Front!«) fehlte und damit auch die Bereitschaft, die repressive Gewaltausübung der außerordentlichen Institutionen zu tolerieren, schien den Sowjets, die auf lokaler Ebene vielfach im Gefolge des Krieges liquidiert und auf zentraler Ebene praktisch suspendiert gewesen waren, eine Renaissance bevorzustehen. Doch es gelang nicht, eine effektive Administration zu organisieren. »Das Urchaos« – so kennzeichnete die Zeitung der Arbeiter- und Bauerninspektion den Zustand.

Erst zu dieser Zeit, etwa ab 1922, übernahm die Partei, deren Funktionäre bis dahin etwa zu 75 % in Sowjets und staatlichen Apparaten hauptamtlich tätig gewesen waren, die Verwaltung des Staates bis in die einzelnen Betriebe hinein. Entscheidend war dabei nicht zuletzt die Durchsetzung der finanziellen Unabhängigkeit der hauptamtlichen Parteifunktionäre von Staatsmitteln. Zwar war die bolschewistische Partei seit dem Ausscheiden der Linken Sozialrevolutionäre alleinige Trägerin der Regierungsgewalt, und der Rat der Volkskommissare unterstand der zumindest informellen Weisung des ZK, doch war der unmittelbare Parteieinfluß zunächst auf die administrativen Spitzenpositionen beschränkt geblieben. Bemerkenswert ist, daß die Initiative zur bürokratischen Zentralisierung der Parteitätigkeit nicht von den bekannten Spitzenfunktionären ausging, sondern als Reaktion auf die auf dem VIII. Parteitag im März 1919 vorgebrachte Kritik einzelner Regionalfunktionäre eingeführt wurde, die 1918 keinen Kontakt zum ZK bekommen hatten (das ZK hatte in der zweiten Jahreshälfte nicht getagt). Außerdem – so stellt Pietsch zu Recht fest – ist die Intensivierung der Parteitätigkeit vor dem Hintergrund des im Zuge der Einführung der NEP aufgegebenen wirtschaftlichen Monopols des Staates zu sehen, die eine Stärkung des politischen Monopols herausforderte.

Mitglieder einer im Hinblick auf ihre Aktionsziele relativ homogenen Elitegruppe waren am 25. Oktober 1917 im Besitz der höchsten staatlichen Autorität in Rußland; sie hatten jedoch weder konkrete Vorstellungen über die Organisation der von ihnen auszuübenden Macht, noch konnten sie verbindlich sagen, welche Revolution gerade stattgefunden hatte: ein weiterer Schritt der demokratischen oder die sozialistische Revolution. Erst Stalins Verfassungsentwurf für eine »Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik« vom April 1918 brachte die »grundlegende Klärung« (Pietsch, S. 82 f.).

Nach derartigen, im einzelnen knapp, jedoch treffend dokumentierten Darstellungen sind Pietschs Schlußfolgerungen konsequent: »Im Sinne eines ›Lernmodells‹ erwies

sich das politische System als höchst flexibel und anpassungsfähig. Am Ende dieser Entwicklung hatte der bürokratische Parteiapparat die Leitungsrolle übernommen. [...] Dies ist jedoch nicht als das Ergebnis eines geradlinigen, deterministischen Prozesses zu sehen. Es führt kein direkter Weg von der Leninschen Geheimorganisation am Anfang des Jahrhunderts zu der über einen fein verästelten Kontrollapparat gebietenden, allein herrschenden Staatspartei am Ende der zwanziger Jahre« (S. 159 f.).
Arnold Sywottek

Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929 – 1934* (= Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik, Bd. 4), Verlag de Gruyter, Berlin 1970, XII, 302 S., Ln., 38 DM.

Peer Helmar Lange, *Stalinismus versus »Sozialfaschismus« und »Nationalfaschismus«. Revolutionspolitische Ideologie und Praxis unter Stalin 1927 – 1935* (= Göppinger Akademische Beiträge, Nr. 2), Verlag A. Kümmerle, Göppingen 1969, 367 S., kart., 34 DM.

In den letzten Jahren sind mehrere bemerkenswerte historische Untersuchungen sowie Erinnerungen Beteiligter zur Geschichte der III., Kommunistischen Internationale erschienen; einen wichtigen Platz in der Reihe dieser Veröffentlichungen nehmen die Bücher von Weingartner und Lange ein. Diese Untersuchungen und Memoiren bedeuten – ebenso wie die wichtigeren neueren Darstellungen und Quellenpublikationen zur Geschichte einzelner Kominternsektionen und einige Biographien – eine Bereicherung unserer Kenntnis der Organisation und Geschichte der von 1919 bis 1943 existierenden kommunistischen »Weltpartei«¹⁾. Bei aller Anerkennung der Bedeutsamkeit der erwähnten Publikationen bleibt es jedoch eine Tatsache, daß nunmehr zwar die »Verlaufsgeschichte« weitgehend bekannt ist, daß aber über die Motive und Hintergründe der Kominternpolitik speziell in der »stalinistischen« Periode nach wie vor nur – mehr oder weniger einleuchtend begründete – Hypothesen aufgestellt werden können. Eine Änderung dieser unbefriedigenden Situation wird sich wohl erst nach einer grundlegenden Besserung der Quellenlage auf diesem Gebiet ergeben.

In dem Buch von Weingartner, einer von Richard Löwenthal betreuten Berliner Dissertation, werden stärker als bisher gleichzeitig und gleichmäßig die sowjetischen außenpolitischen und die Komintern-Aspekte der kommunistischen Deutschlandpolitik in der Periode der »ultralinken« Taktik untersucht. Die damit verbundene methodische Aufgabe, »die Ebene der Diplomatie und die der Komintern zueinander in Beziehung zu setzen« (S. 4), ist m. E. gut gelöst worden. In den einleitenden Abschnitten beschäftigt W. sich mit dem defensiv-offensiven Doppelcharakter der sowjetischen Außenpolitik und dem in ihr enthaltenen, sich gegenseitig beeinflussenden

¹⁾ An selbständigen Publikationen z. B.: J. W. Hulse, *The Forming of the Communist International*, Stanford 1964; *Contributions à l'Histoire du Comintern*, Genf 1965; *The Comintern: Historical Highlights*, hrsg. v. M. M. Drachkovitch u. B. Lazitch, New York / Washington / London 1966; K. Niclauss, *Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung*, Bonn 1966; M. Hájek, *Storia dell'Internazionale comunista (1921 – 1935)*, Rom 1969; *Il contrasto tra l'Internazionale e il P. C. I. 1922 – 1928*, hrsg. v. J. Humbert-Droz, Mailand 1969; *Origines et débuts des partis communistes des pays latins 1919 – 1923* (= Archives de J. Humbert-Droz I), hrsg. v. S. Bahne, Dordrecht 1970.